

30. Januar 2015, von Michael Schöfer

Die ökonomische Monokultur ist riskant

Biodiversität (biologische Vielfalt) ist in einem Ökosystem unverzichtbar. Das ist insbesondere innerhalb von Arten wichtig, denn je variabler die genetische Ausstattung einer Spezies, desto widerstandsfähiger erweist sie sich gegenüber schädlichen Umwelteinflüssen. Wird eine Spezies beispielsweise von einem plötzlich auftretenden tödlichen Erreger überrascht, kann sie sich durch die Variabilität der Individuen vor dem Aussterben retten, weil wahrscheinlich eine ausreichende Anzahl immun ist und überlebt. Im Extremfall, bei Bakterien, die sich asexuell vermehren, genügt das Überleben eines einzigen Organismus, um die Art vor dem Aussterben zu bewahren. Ärzte, die mit multiresistenten Keimen konfrontiert sind, können ein Lied davon singen.

Auch in der menschlichen Kultur ist Variabilität von Vorteil. Dort, wo freier Meinungskampf herrscht und Toleranz gegenüber Andersdenkenden geübt wird, kann sich die Gesellschaft leichter an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Dort, wo die Meinungsvielfalt eingeschränkt ist und Abweichler unterdrückt werden, kann das System schlagartig kollabieren, weil es sich als unfähig erweist, angemessen auf neue Herausforderungen zu reagieren. Ersteres gilt für die liberale Demokratie. Letzteres für totalitäre Systeme, wie etwa den Nationalsozialismus oder den Kommunismus.

Bedauerlicherweise hat aber selbst in den liberalen Demokratien die ökonomische Variabilität zuletzt stark abgenommen, das sieht man derzeit am Beispiel Griechenland. Wir sind es ja gewohnt, dass konservative Parteien einen unternehmerfreundlichen Kurs verfolgen. Stichwort: Angela Merkels marktkonforme Demokratie. Aber mittlerweile, spätestens seit Gerhard Schröder und Tony Blair, kennen wir das auch von vermeintlich linken Volksparteien. Es erscheint uns inzwischen als vollkommen normal, wenn Sozialdemokraten/Sozialisten mit einem linken Wahlprogramm gewählt werden, deren Regierungspraxis danach aber genauso aussieht wie die Politik der Konservativen. Bestes Beispiel: François Hollande.

So dominiert heute fast überall ein marktradikaler Einheitsbrei, der sich zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit auswirkt. Das sieht man momentan vor allem in den südeuropäischen Krisenstaaten, in denen der soziale Kitt unter dem Diktat der Austeritätspolitik stark erodiert. Und wir reiben uns dann verwundert die Augen, wenn eine linke Partei nach der Regierungsübernahme auch einen linken Kurs fährt und sogar Wahlversprechen umzusetzen gedenkt. Alexis Tsipras werde sich gewiss anpassen, hieß es vor der griechischen Parlamentswahl, er habe sich jüngst bereits moderater geäußert als noch vor Monaten. Und jetzt? Welch große Überraschung: Tsipras will anscheinend tatsächlich die soziale Not der Griechen lindern. Wer hätte das gedacht. Sind solche Wahlversprechen nicht spätestens am Tag nach der Wahl Makulatur? Tja, eigentlich schon...

Alexis Tsipras sei gefährlich für Europa, wurden wir gewarnt. Ein "charmanter Brandstifter", las man zum Beispiel bei Spiegel-Online. [1] Die Süddeutsche titulierte ihn gar als "Rattenfänger von Athen". [2] Griechenlands neuer Finanzminister Yanis Varoufakis sei ein Rebell und ein ökonomischer Popstar - schlagfertig, unpräzise, unkonventionell, streitlustig, provokant, scharfzüngig. Warum? Offenbar weil er solche Sätze sagt: "Es ist inakzeptabel, dass Kinder ihre Hausaufgaben bei Kerzenlicht machen müssen, weil ihr Strom abgedreht wurde, weil der Staat in seiner unendlichen Weisheit entschieden hat, Eigentumssteuer über die Stromrechnung einzutreiben." [3] Und weil er die Ursache des rasanten ökonomischen Niedergangs kritisiert, nämlich die den Griechen von der Troika (Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission) aufoktrozierte Sparpo-

litik.

Natürlich wird die neue griechische Regierung das gesamte Establishment gegen sich haben und auf viele Widerstände stoßen. Und es ist keineswegs ausgemacht, dass sie dabei die Oberhand behält. Tsipras & Co. könnten durchaus an den Klippen der harten ökonomischen Realität zerschellen. Es könnte aber genauso gut sein, dass seine Regierung Griechenland wirklich ein bisschen aus dem Sumpf des Massenelends zu ziehen vermag. Warten wir es ab. Das Schlimme ist jedoch, dass wir uns längst mit dem ökonomischen Einheitsbrei (TINA = there is no alternative) abgefunden haben und dabei jede Vielfalt über die Wupper ging. Mantrahaft erklingt allein die sattsam bekannte Parole: Sparen, sparen, sparen. Deshalb kommt es uns wie eine unwirkliche Erscheinung vor, wenn sich am Horizont tatsächlich eine Alternative abzeichnet. Unglaublich!

Dieser Mangel an Vielfalt ist extrem gefährlich, denn der ökonomische Mainstream könnte ja auf dem Holzweg sein. Hatten uns die Ökonomen vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 nicht weismachen wollen, Märkte seien stets hocheffizient? Wie effizient, haben wir gesehen. So effizient, dass sie ohne die Intervention des Staates komplett zusammengebrochen wären. Drastisch ausgedrückt: Die Steuerzahler haben der Finanzindustrie notgedrungen den Arsch gerettet und dadurch kolossale Schuldenberge angehäuft. Konsequenz: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung könnte bald mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent. "Die ungleiche Vermögensverteilung wächst rasant." [4] Ist das ein Naturgesetz? Nein, lediglich Folge der eindimensionalen Ausrichtung an wirtschaftsliberalen Rezepten.

Genauso wie Monokulturen in der Natur zu Katastrophen führen (beispielsweise löste 1845 in Irland die plötzlich auftretende Kartoffelfäule eine große Hungersnot aus - eine Million Menschen verhungerten, eineinhalb Millionen emigrierten), können ökonomische Monokulturen verheerende Folgen haben. Denn wohin soll das noch führen, wenn nicht irgendwo durch irgendwen gegengesteuert wird? Besitzt in 20 Jahren das reichste Prozent zwangsläufig mehr als 60 Prozent des Vermögens? Und in 40 Jahren unabwendbar 70 Prozent? Ich bezweifle, dass Demokratien derartige Ungleichheiten lange überleben. Wir brauchen Vielfalt - nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Aus diesem Grund darf man dem griechischen Experiment mit Interesse entgegensehen und es mit Sympathie begleiten. Wie dem auch sei, die zum Himmel schreiende Arroganz des Establishments, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz kündigte an, mit Alexis Tsipras "Tacheles zu reden" [5], ist jedenfalls wenig hilfreich. Eher bezeichnend.

[1] Spiegel-Online vom 29.12.2014

[2] Süddeutsche vom 22.05.2012

[3] tagesschau.de vom 30.01.2015

[4] Die Zeit-Online vom 19.01.2015

[5] Die Zeit-Online vom 29.01.2015